

Nr. 21/55

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden voranbringen – gesetzlichem Auftrag endlich nachkommen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 17. Juli 2023

(Drucksache [21/28](#))

2. Umsetzung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden zügig und nachhaltig umsetzen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

und der SPD

vom 5. September 2023

(Drucksache [21/61](#))

Nr. 21/56

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. Auf Antrag des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP:

„Wenn Hass zum Grundrauschen wird – Anstieg von antisemitischen und antimuslimischen Straftaten im Land Bremen bekämpfen!“;

2. Auf Antrag des Abgeordneten Frank Imhoff und Fraktion der CDU:

„Statt Regierungserklärung: Die als historisch bezeichneten Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler vom 6. November 2023 und ihre Auswirkungen auf Bremerhaven und Bremen“

Nr. 21/57

Erster Fortschrittsbericht zum „Bremer Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen“

Mitteilung des Senats
vom 25. April 2023
(Drucksache [20/1865](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 21/58

Beflaggung der Bremischen Bürgerschaft zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/122](#))

Gemäß § 87 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft beschließt die Bürgerschaft (Landtag), dass an der Bremischen Bürgerschaft in der 21. Legislaturperiode jeweils am 25. November die durch die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) zur Verfügung gestellte Flagge „Bremen sagt Nein zu Gewalt gegen Frauen“ zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen gehisst wird.

Nr. 21/59

BAföG erhöhen – für die Fachkräfte von morgen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 10. Oktober 2023
(Drucksache [21/105](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
 - a) der Bedarfssatz zuzüglich der Wohnkostenpauschale des BAföG mindestens auf das Level des Unterhaltssatzes nach Düsseldorfer Tabelle erhöht wird,
 - b) das BAföG zu einem Instrument der Studienfinanzierung in Form eines Vollzuschusses weiterentwickelt wird,

- c) das BAföG elternunabhängig und die Verdienstgrenze für Studierende angehoben wird,
 - d) ein entsprechender Anspruch auf BAföG für Teilzeitstudierende geschaffen wird,
 - e) die Förderhöchstdauer verlängert und somit an die Realitäten der Studierenden angepasst wird;
2. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 21/60

Kinderschutz- und Kindeswohl – Gefährdungslagen und Schutzmaßnahmen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 5. September 2023

(Drucksache [21/55](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. November 2023

(Drucksache [21/137](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/61

Fragestunde

1. Wie steht der Senat zu Bestrebungen zur Verschärfung der Luftreinhaltewerte?

Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 5. Oktober 2023

2. Bekämpfung von invasiven Arten

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Oktober 2023

3. Anmeldungen für den „Klimafonds“ seitens des Senators für Inneres?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 5. Oktober 2023

4. Auf welchen Feldern will Herr Dr. Bovenschulte im Land Bremen Bürokratie abbauen?

Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 5. Oktober 2023

5. App gegen häusliche Gewalt

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 9. Oktober 2023

6. Welche Auswirkung haben die fehlenden Auszubildenden auf die Polizeizielzahlen für Bremen und Bremerhaven?

Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 10. Oktober 2023

7. Warum wollen kaum Bremer zur Polizei?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 10. Oktober 2023

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Entlastung der Stadt Bremerhaven von hafenbezogenen Schwerlastverkehren

Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Susanne Grobien, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 10. Oktober 2023

9. Familienunternehmen beklagen Standortnachteile

Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. Oktober 2023

10. Neuregelung für Energieeffizienz-Standards für Neubauten auch in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. Oktober 2023

11. Warum lässt der Senat Fördermittel des Bundes für die Wärmeplanung liegen?

Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Martin Michalik, Jens Eckhoff, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 13. Oktober 2023

12. Förderung von Maßnahmen des Herdenschutzes gegen den Wolf
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Derik Eicke, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 26. Oktober 2023
13. Wann hat der Innensenator das Faxen dicke?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. November 2023
14. Erfolgreicher Kampf im Bereich der Clan-Kriminalität?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. November 2023
15. Wie oft hat die Strafvollstreckungsbehörde in den letzten Jahren von § 456a StPO Gebrauch gemacht?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Christine Schnittker, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. November 2023
16. Wie steht der Senat zu der Einstufung von sicheren Herkunftsstaaten aktuell?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. November 2023
17. „Konkretere“ Prüfung der Kostenbeteiligung für Polizeieinsätze bei Klimaklebern
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. November 2023
18. Wie viele offene Fälle liegen derzeit bei der Bremer Staatsanwaltschaft?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. November 2023
19. Wie unterstützt der Innensenator den Bundeskanzler bei seiner geplanten Abschiebungsoffensive?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Christine Schnittker,
Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. November 2023

20. Ungesteuerte Zuwanderung führt laut Innensenator Mäurer zu
massivem Anstieg der Kriminalität

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und
Fraktion der CDU vom 7. November 2023

21. Elektro-Fahrzeuge bei der Bremer Polizei

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter, Frank
Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. November 2023

22. Kündigungen bei der Polizei

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Christine Schnittker, Frank
Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. November 2023

23. Bildungsangebote zum Nahostkonflikt auf der Website der
Landeszentrale für politische Bildung Bremen

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Thore Schäck und
Fraktion der FDP vom 7. November 2023

24. Wann kommt die Bezahlkarte für Asylbewerber in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Sigrid Grönert, Frank
Imhoff und Fraktion der CDU vom 8. November 2023

25. Vereinfachungen bei der Anerkennung ausländischer
Erzieherqualifikationen

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Sandra Ahrens, Frank
Imhoff und Fraktion der CDU vom 8. November 2023

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung
der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/62

Lehramtsausbildung für Inklusive Pädagogik deutlich ausweiten, Personalversorgungskonzept Schule zügig umsetzen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD

(Neufassung der Drucksache [21/146](#) vom 8. November 2023)
vom 15. November 2023

(Drucksache [21/171](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

(Neufassung der Drucksache [21/156](#) vom 14. November 2023)

vom 16. November 2023

(Drucksache [21/172](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. umgehend in seinen Gesprächen mit der Universität Bremen
 - zu prüfen, ob und wie die Kapazitäten im Bereich der inklusiven Pädagogik sowie den Erziehungswissenschaften an der Universität Bremen entsprechend der im Land Bremen bestehenden Bedarfe ausgebaut werden können und entsprechende die dafür erforderlichen zusätzlichen Stellenbedarfe an der Universität zu benennen;
 - Strategien zu entwickeln, wie unterausgelastete Studienfächer im Bereich des Lehramtes zukünftig besser ausgelastet werden können;
 - auf der Basis vorliegender Analysen zu langen Studienzeiten und Abbruchgründen zu prüfen, welche konkrete Maßnahmen entwickelt werden können, um die Quote der erfolgreichen Studienabsolvent:innen im Lehramt zu erhöhen;
 - zu prüfen, ob aufgrund von Zugangsbeschränkungen pädagogisch vorqualifizierte Studienbewerber:innen von einer Studienaufnahme abgehalten werden und gegebenenfalls alternative Zugangswege zum Lehramtsstudium über die Anerkennung entsprechender Vorqualifikationen (zum Beispiel Ausbildung zum:zur Erzieher:in oder Heilerziehungspfleger:in sowie Freiwilligendienste in pädagogischen Einrichtungen) zu öffnen;
 - zu prüfen, ob Kenntnisse von Herkunftssprachen wie zum Beispiel Türkisch oder Arabisch in verfassungsrechtlichem Rahmen als Zugangskriterium für ein Lehramtsstudium herangezogen werden können, um den Anteil an Studierenden mit Migrationsgeschichte im Lehramt zu steigern.

2. umgehend in seinen Gesprächen mit dem Landesinstitut für Schule (LIS) zu klären, welche Kapazitätserhöhungen im Referendariat insbesondere für die Inklusion spätestens zum 1. Februar 2025 erfolgen müssen und die entsprechenden ergänzenden Stellenbedarfe am LIS zu benennen.
3. die in Kooperation mit der Universität Bremen durchgeführte Weiterbildung für inklusives Lehramt über die gesamte 21. Wahlperiode weiterzuführen, aktiv an den Schulen zu bewerben und insbesondere Teilnehmer:innen aus dem „back-to-school“-Programm auf die Möglichkeit hinzuweisen, sich über diese Weiterbildung zur vollausgebildeten Lehrkraft weiterzuqualifizieren.
4. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung sowie der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 21/63

Mehr Sicherheit in der Hundehaltung durch die Einführung eines Sachkundenachweises

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der CDU

vom 14. November 2023

(Drucksache [21/166](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 15. November 2023

(Drucksache [21/167](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland

vom 15. November 2023

(Drucksache [21/170](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag (Drucksache [21/167](#)) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag (Drucksache [21/170](#)) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bis spätestens zum 1. April 2024 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der angelehnt an das niedersächsische Modell die Einführung eines allgemein verpflichtenden Sachkundenachweises für das Halten von Hunden („Hundeführerschein“) vorsieht,
 - a) der für all diejenigen gilt, die sich einen Hund anschaffen und nicht anderweitig als sachkundig gelten oder bereits einen Sachkundenachweis erworben haben,
 - b) bei dem die bestandene theoretische Prüfung vor der Aufnahme des Hundes zu erwerben und lebenslang gültig ist,
 - c) bei dem die praktische Prüfung mit dem neu erworbenen Hund erfolgt;
2. dabei eine Regelung zu prüfen, wie mit mehrfach auffällig gewordenen Hundehalter:innen im Hinblick auf deren Zuverlässigkeit beim Halten von Hunden umzugehen ist;
3. dabei im Gesetzentwurf auch eine Pflicht zum Kennzeichnen (Chippen) und Registrieren von Hunden vorzusehen;
4. gemeinsam mit den Tierheimen in Bremen und Bremerhaven einen Vorschlag zu erarbeiten, ob und gegebenenfalls wie die praktische Prüfung bei Hunden aus dem Tierheim bereits im Rahmen des Vermittlungsverfahrens der Tiere erfolgen kann.

Nr. 21/64

Steuerentlastung für das Eigenheim – Ersterwerber von Wohneigentum finanziell unterstützen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 10. Oktober 2023

(Drucksache [21/96](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/65

Wohneigentum in Bremen durch Senkung der Grunderwerbsteuer fördern

Antrag der Fraktion der FDP

vom 9. November 2023

(Drucksache [21/148](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/66

Junge Familien beim Erwerb eines Eigenheims gezielt fördern

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
DIE LINKE

vom 14. November 2023

(Drucksache [21/154](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das Förderprogramm des Bundes „Wohneigentum für Familien“ als gezielte, einkommensabhängige Eigentumsförderung sowie die Anhebung der Einkommensgrenzen und Förderungshöchstsummen im Oktober 2023.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt im Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung das ab 2024 geplante Programm „Jung kauft Alt“ als ergänzende Förderung für Bestandsimmobilien und spricht sich dafür aus, Einkommensgrenzen und Förderkonditionen so festzulegen, dass sie auch den Erwerb von Bestandsimmobilien in Großstädten, jedenfalls in den nicht privilegierten Lagen, ermöglichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

3. sich auf der Bundesebene für eine Einführung des Programmes „Jung kauft Alt“ und angemessene Konditionen für den Immobilienerwerb in jedenfalls den nicht privilegierten Lagen von Großstädten einzusetzen;
4. die neuen Bundesprogramme auf mögliche für Bremen relevante Förderlücken zu prüfen und der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung hierzu zu berichten.

Nr. 21/67

Wahl eines Schriftführers für den Vorstand

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Wahl des Abgeordneten Andre Minne (Bündnis Deutschland) ab.

Nr. 21/68

Besetzung des Landesjugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/136](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Wahl der Abgeordneten Meltem Sağıroğlu (Bündnis Deutschland) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die weiter in der Mitteilung des Senats enthaltenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 21/69

Bundesfinanzierung von digitaler Bildungsinfrastruktur absichern und verstetigen – „Digital-Pakt Schule 2.0“ jetzt gemeinsam auf den Weg bringen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. Juli 2023
(Drucksache [21/29](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/70

Vierter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (4. Medienänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 11. Juli 2023
(Drucksache [21/27](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 21/71

Lage und Entwicklung von Regelinsolvenzen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. September 2023
(Drucksache [21/67](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. November 2023
(Drucksache [21/138](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/72

**Gesetz über eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten
für die Opfer von Gewalttaten und deren Angehörige
(Opferanlaufstellengesetz)**

Mitteilung des Senats
vom 17. Oktober 2023
(Drucksache [21/112](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 21/73

Bericht und Antrag des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 3

vom 6. November 2023
(Drucksache [21/120](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) empfiehlt die Behandlung der Petitionen wie
vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 21/74

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/133](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 21/75

KiQuTG-Änderungsvertrag und dazugehörige Förderrichtlinien

Mitteilung des Senats
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/134](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 21/76

Wahl eines ordentlichen Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes in die Regionalkammer des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt als ordentliches Mitglied die Abgeordnete Susanne Grobien und als stellvertretendes Mitglied den Abgeordneten Dr. Emanuel Herold.

Nr. 21/77

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Mitteilung des Senats vom 13. November 2023

(Neufassung der Drucksache [21/149](#))

(Drucksache [21/150](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 21/78

Folgendes Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes (BremHilfeG)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. August 2023
(Drucksache [21/44](#))
2. Geopolitik im Kontext der Zeitenwende – den nachhaltigen Ausbau von Freihandelsabkommen beschleunigen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 15. September 2023
(Drucksache [21/69](#))
3. Internationale Handels-, Investitions- und Rohstoffabkommen als Chance für Bremen und Bremerhaven begreifen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Oktober 2023
(Drucksache [21/108](#))
4. Freiwilligendienste stärken - Kürzungspläne der Ampelregierung bei den Fördermitteln sofort stoppen!
Antrag der Fraktion der CDU

vom 26. September 2023

(Drucksache [21/76](#))

5. Freiwilligendienstleistende von heute als Fachkräfte für morgen anerkennen und unterstützen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 6. November 2023
(Drucksache [21/121](#))
6. Sind die Kontaktpolizisten für den Bremer Senat nur noch ein Auslaufmodell?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. September 2023
(Drucksache [21/62](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2023
(Drucksache [21/115](#))
7. Einheitliche Gesamtstrategie des Bremer Wissenschaftsmarketings entwickeln und umsetzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. Oktober 2023
(Drucksache [21/85](#))
8. Für einen modernen und zukunftsfähigen Hafenstandort: Realisierung der Hafenrandstraße für effizienten und nachhaltigen Verkehr
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2023
(Drucksache [21/116](#))
9. Unterstützung für Menschen mit Demenz und ihre An- und Zugehörigen im Land Bremen weiterentwickeln sowie Strukturen grundlegend verbessern
Antrag der Fraktion der FDP
vom 24. Oktober 2023
(Drucksache [21/118](#))
10. Versorgung von Menschen mit Demenz verbessern, pflegende Angehörige unterstützen, gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der CDU
(Neufassung der Drucksache [21/165](#) vom 14. November 2023)
vom 16. November 2023
(Drucksache [21/173](#))

11. Digitale Transformation in der Bildung voranbringen – Lehrkräfte für Digitalkompetenz an Schulen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. Oktober 2023
(Drucksache [21/119](#))
12. Gesetz zur Verbesserung der Rückführung – Abschiebepaket des Bundesinnenministerium ist der erste richtige Schritt auf einem langen Weg
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/123](#))
13. 14 026 unerledigte Strafverfahren bei der Bremer Staatsanwaltschaft – der Senat muss jetzt gegensteuern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/124](#))
14. Klimakleber auch finanziell zur Rechenschaft ziehen – Änderung der Kostenverordnung für die Innere Verwaltung nicht nur ankündigen, sondern umsetzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/125](#))
15. Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen
gemäß § 3 Absatz 2 Stabilitätsratsgesetz – Stabilitätsbericht 2023 –
Mitteilung des Senats vom 7. November 2023
(Drucksache [21/135](#))